

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Koch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Neuenbürg, Montag, den 17. September 1923.

81. Jahrgang.

217.

Deutschland.

15. Sept. Für die zweite Septemberhälfte ist alsbald der Betrag nachzuschauen, der gemäß dem 1. September 1923, für die erste Septemberhälfte festgesetzt war. An diejenigen außerplanmäßigen Beamten, die zum 1. September eine weitere Zahlung nicht zu leisten, ist zunächst eine weitere Zahlung nicht zu leisten. Die entsprechende Festlegung des für die zweite Septemberhälfte zu zahlenden Teuerungszuschlags bleibt vorbehalten.

15. Sept. Der Reichsminister des Innern, Seitz, hat die Zahl der Arbeiterzeitung vom 15. bis 22. September demnach des Verbotes ist derselbe Artikel, wegen dessen die Arbeiterzeitung vom 15. bis 22. September verboten wurde, aufgehoben.

15. Sept. Eine hier abgehaltene Konferenz der Reichsminister des Innern, des Reichsministers des Reichswirtschaftsministeriums von Bayern, Baden, Sachsen und Thüringen hat einen Protokoll gegen die jetztige Form der Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums erlassen.

15. Sept. Die im Gebiet der Bahnhöfe von Chemnitz und Leipzig lagernden großen Holzbestände, welche von der Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums erworben worden, sind von den französischen Besatzungstruppen beschlagnahmt worden. Außerdem wurde durch den französischen Besatzungstruppen die Fortführung der Arbeiten in den Werksstätten der Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums unterbrochen.

15. Sept. Im Bergbau wurden durch Schiedsgerichtliche Vermittlung einschließlich Hausstands- und Kinderberufung in Ruhrgebiet 26 Mill. im obersteilischen Steinbergbau 1113 815 Mark, im sächsischen Steinbergbau 40 683 705 Mark pro Schicht.

Einigung zwischen Hitler und Kahr.

15. Sept. Die Vaterländischen Verbände und die Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums haben sich wieder zu einer Einigung vereinigt. In einer gemeinsamen Erklärung im Hirsau-Krone wurde die Fortführung der gemeinsamen Arbeit gefordert. Die drei Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums haben sich über die Behandlung des Themas, daß es nur über die Herrschaft des Volkes geben könne: Einigkeit, Versöhnung und Separation, Auseinandersetzung zwischen Reich und Staat als Ende der großen Freiheitskämpfe. Der Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. v. Kahr, hielt eine kurze Rede, in der er erklärte, daß es für alle nur ein Ziel im Kampf um die Freiheit und die Einheit des Vaterland, dem wir uns hingeben werden müssen.

Waldheitz und Steuerpolitik.

Die Verhinderung des Ausflusses des Reichsverbandes Waldheitzverbände in Niederrhein wurde einstimmig zur Entscheidung angenommen, die die Vermeidung der Durchführung der Steuern fordert. Es heißt, daß die Waldheitz sich seiner hohen Aufgabe bewußt, als Vertreter eines bedeutenden Teiles des deutschen Volkswirtschafts, an der Erhaltung und Wiederaufrichtung des Staates mit aller Kraft, auch unter schweren Opfern, mitzuarbeiten. Es ist bekannt, daß in Notzeiten auch ein Eingriff in die Freiheit nicht vermieden werden kann. Seine Bereitwilligkeit, seinen Opfern gibt ihm das Recht, zu verlangen, daß durch die Wiederaufrichtung der Arbeitskräfte ohne Vermehrung der Steuern, durch Aufhebung aller Bedrohungen des Eigentums, die Wiederaufrichtung der freien Wirtschaft und aller ungerechten Beschränkungen die produktive Arbeit gefördert wird.

Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen.

Es ist bekannt, daß die Sozialdemokraten aus den bösen Erfahrungen, die sie überall da, wo sie mit den Kommunisten zusammen die Regierung bilden, machten, nichts gelernt haben. Der Bundesvorsitzende der Thüringischen Sozialdemokraten, Dr. v. Kahr, erklärte, daß die Sozialdemokraten, die sich nicht der Wahrung der Freiheit durch die Kommunisten, sondern nach Möglichkeit auch in Zukunft die Arbeiterregierung zu bilden. In diesem Sinne sollen mit den Kommunisten die Verhandlungen eines Mindestprogramms Verhandlungen abgeschlossen werden. Das Programm wird durch eine gemeinsame Kommission bis Montag fertiggestellt werden. Am Montag tritt die Fraktion zu erneuter Beratung zusammen.

Wage an die kommunistischen Streikführer in Berlin.

15. Sept. Die Streikvorgänge während der letzten Tage des Kabinetts Cuno kamen gestern im Berliner Stadtparlament noch einmal zur Besprechung. Ein Vertreter des Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums bezeichnete die Auffassung verschiedener Redner, daß die kommunistischen Werke zum Zusammenstoß unzuverlässiger Elemente und kommunistischer Döner geworden seien, für berechtigt. Der Magistrat habe energisch eingegriffen und 144 Streikführer, zum Teil Betriebsräte, denen man ein besonderes Verbrechen an der Stillelegung der Werke nachweisen konnte, verurteilt. Die Berliner Kommunisten, die augenblicklich wegen ihrer neuen Aktion ins Leben zu rufen suchen, haben in den Tagen überall Absagen erhalten, da die Leuten des letzten Generalstreiks der Arbeiterklasse doch noch allmählich in der Erinnerung lag. So haben die Transporthilfen und nach ihnen die Elektrizitätsarbeiter es abgelehnt, die Streikbewegung für die durch die Umwandlung der Streikführer in Angehörigen einzutreten.

Reichsfinanzminister über die Einschränkung der Ausgaben.

15. Sept. In der gemeinsamen Sitzung des Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums am 12. September über die Einschränkung der Ausgaben erklärte der Reichsfinanzminister, daß die Beschränkung der Ausgaben über die Beschränkung der Ausgaben ab. Auf Anfragen stellte er zunächst fest, daß die Beschränkung der Ausgaben bis 15. Oktober über-

gestellt ist. Ferner arbeite die Reichsgetreidestelle daran, Getreide zunächst aus inländischer Ernte heranzubringen und sie mit Goldanleihe zu bezahlen. Die Goldanleihe würde abgestempelt und könnten von den betreffenden Landwirten bei der Steuerzahlung für die Landabgabe benutzt werden. Ein vom Ernährungsministerium ausgearbeiteter Gesetzentwurf treffe für die Vergütung der Ernte Vorsehung. Für die Versorgung mit Fett und Margarine würden in erster Reihe Devisen zur Verfügung gestellt. Bezüglich der Finanzlage des Reiches wies der Minister auf seine früheren Ausführungen und die verschiedenen Reden des Reichsanwalters hin und betonte, daß die Finanzlage eine solche sei, daß andere Ausgaben als die, die zur Erhaltung des Reiches notwendig seien, nicht mehr geleistet werden könnten. Die bedeutendsten Ausgaben seien die für die Rüstung, die ganz außerordentlich gewachsen seien. Der Minister gab dann ein Bild der Entwicklung im Ruhrgebiet und stellte fest, daß er nicht zu viel sage, wenn er behauptete, daß ein ganz großer Teil der Bevölkerung der besetzten Gebiete aus Reichsmitteln lebe und daß das Reich einen erheblichen Teil des Betriebskapitals zur Aufrechterhaltung der mehr oder minder produktiven Arbeiter zu leisten habe. Der Umstand, daß keine geordnete Verwaltung in den besetzten Gebieten mehr bestünde, mache eine richtige Ausgabenkontrolle ungenügend schwer. Es bleibe also nur der Weg einer teilweisen Einschränkung aller Ausgaben im besetzten Gebiete übrig. Diese Frage sei von außerordentlicher politischer Tragweite. Die Lösung des Ruhrkonflikts müsse im Wege beschleunigt geführter Verhandlungen gesuch werden, was zuerst im deutschen Interesse, aber auch in dem aller anderen Beteiligten liege. Ein plötzlicher Abbruch des Ruhrkonflikts würde verhängnisvolle Folgen haben, denn er bestünde nicht, wie das Ausland vielfach annehme, nur darin, daß die Arbeiter nur an die Arbeit zu gehen bräuchten und daß damit alles wieder in Ordnung käme, sondern es käme dann zu den schwersten sozialen Erschütterungen im Ruhrgebiet. Durch eine rein mechanische Abdrosselung aller Kredite würden wir zu höchst gefährlichen Unruhen kommen und die Wiederaufnahme des Wirtschaftens würde recht erstickt. Auf der anderen Seite könne aber auch die Wirtschaft nicht gelanden, wenn die Ausgaben in der bisherigen Weise fortgingen. Der Minister hielt in den jüngsten Maßnahmen der Regierung einen Weg, um zu erträglichen Verhältnissen zu kommen. Aber auch alle anderen Ausgaben müßten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf die nicht mehr länger zu ertragende Wirtschaft der Vermögenslose, die in die Millionen gingen und für die eine Deckung nicht vorhanden sei, hin. Dann kam der Minister auf die Erwerbslosenversicherung zu sprechen und erklärte, daß der finanzielle Teil der Erwerbslosenversicherung so schnell wie möglich zur Erledigung kommen müsse, damit wenigstens eine teilweise Deckung vorhanden sei, wenn die unter Umständen einsetzende schwere Erwerbslosigkeit außerordentliche Anwendungen erfordere. Aber auch in der Ausgabenwirtschaft der Länder und Gemeinden seien Reformen notwendig. Länder und Gemeinden müßten eigene Steuerquellen bekommen. Der Minister sprach dann von den aufstretenden Gefahren und wies besonders auf die Gefahren hin, die bei einer Zurückhaltung der Rente entstehen. Er erklärte die Vertreter der Landwirtschaft dringend, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß die Städte genügend beliefert werden. Eine andere Gefahr liege in den Devisenabstrichen für die Papiermark. Der Minister stellte fest, daß, solange die Papiermark gefälliges Zahlungsmittel bleibe und die Steuern in ihr erhoben würden, ihre völlige Entwertung nicht eintreten könne. Man solle deshalb in der Bevölkerung keine Panikstimmung erzeugen und ihr nicht fortwährend sagen, daß durch ein neues Zahlungsmittel die Rettung kommen werde, denn ein solches allein könne die Rettung nicht bringen. Doch dem Hinweis, daß wir jetzt in der kritischen Periode leben, daß wir aber über sie erst hinwegkommen müßten, um eine außenpolitische Lösung zu erwirken und daß erst dann die Grundfragen gelöst seien für eine erfolgreiche und konsequente Außenarbeit, forderte er die gesamte Wirtschaft auf, daran mitzuarbeiten, denn wenn das Reich zugrunde gehe, gebe es auch eine deutsche Wirtschaft nicht mehr. Auf der anderen Seite könne sie aber auch überzeugt sein, daß alles gelänge, um die außenpolitische Lösung zu finden und die finanzpolitische Forderung bereitzustellen.

Über die Ausführungen des Ministers entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Entschärfung des Währungsanschlusses. Schließlich wurde unter Ablehnung eines Arbeitsvertragsantrags mit 23 gegen 20 Stimmen die bereits veröffentlichte Entschärfung des Währungsanschlusses unter Abänderung des § 1 Abs. 3 wie folgt angenommen: Die Wiederverstellung und Erhaltung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, das die Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft befriedigt, ist ohne Befreiung der Defizitwirtschaft bei den öffentlichen Gewalten, die eine weitgehende Entlastung der drei Beschlüssen zur Voraussetzung hat, und ohne die Heranziehung aller Schichten des deutschen Volkes nach dem Grade ihrer Leistungsfähigkeit zu höheren produktiven Arbeitsleistungen nicht möglich. Einmütig wurde beschlossen, daß die so abgeordnete Entschärfung ohne vorherige Zustimmung der Plenarversammlung an die Reichsregierung weiterzuleiten ist.

Englischer Besuch in Berlin.

Dieser Tage weilten 2 englische Parlamentarier in Berlin, die auch vom Reichsanwalt und dem Reichswirtschaftsminister empfangen wurden. Dazu bemerkt die „Zeit“ diese Tatsache erweise und besonders deshalb des Derbarchens wert, weil mit parteipolitischen Tendenzen immer wieder behauptet wird, das neue Kabinett habe die außenpolitische Bahn seines Vorgängers verlassen und die Fühlung mit England aufgegeben. Das Gegenteil ist richtig. Von Seiten des neuen Kabinetts ist nichts unterlassen worden, um die Fühlung mit der englischen Regierung aufrecht zu erhalten. Es ist nicht die Schuld des neuen Kabinetts, wenn die Fühlung ebenso nicht zu einem

praktischen Ergebnis geführt hat, wie es unter der Regierung Cuno der Fall war.

Um die Wiederbesetzung des deutschen Votschalterpostens in Paris.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Die Verhandlungsbestrebungen nehmen, soweit die Reichsregierung in Betracht kommt, ihren Fortgang. Scheinbar unter dem Druck der Wirtschaft ist auch die französische Regierung jetzt offiziell bereit, der deutschen Regierung die Überwindung des letzten Hindernisses zu Verhandlungen nicht mehr allzu schwer zu machen. Zuvor scheint sie jedoch auf die Befreiung des Votschalterpostens in Paris Wert zu legen, um so die Möglichkeit eines Gedankenaustausches mit einer deutschen Autorität zu haben, die ihr Vertrauen genießt. Selbstverständlich darf die eingeleitete Diskussion an der Formalität nicht scheitern. Wir geben diese Äußerung der nunmehr offiziell bedeuten Korrespondenz mit der Bemerkung wieder, daß die Wiederbesetzung des Pariser Votschalterpostens nicht lediglich als eine „Formalität“ anzusehen ist, da die Abberufung des deutschen Votschalters als ausdrücklicher Protest gegen die Franzosenmeldung an das Reich erfolgte.

Ausland.

Paris, 15. Sept. Nach einer Savas-Redeung aus New-York ist der ehemalige Reichsanwalt Dr. Cuno dort angekommen. Er habe erklärt, Deutschland sei sich klar darüber, daß es den Krieg verloren habe. Es wünsche nach Waghabe seiner Leistungsfähigkeit zu bezahlen. Er selbst sei nach den Vereinigten Staaten weder wegen eines internationalen Anleiheprojektes im Interesse Deutschlands noch wegen Schiffsangelegenheiten gekommen.

London, 15. Sept. Der „Daily Express“ erhielt von dem Führer der spanischen Militärrevolution, Primo de Rivera, der vom König mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden ist, ein Telegramm, worin der General versichert, die Bewegung in Spanien verfolge keine anderen Zwecke, als die Wiederherstellung der Moral im politischen und Verwaltungssystem. Die Bewegung halte an der Treue zum König unbedingt fest.

London, 15. Sept. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ in Rom schreibt, jegliche Gefahr einer sofortigen Krise in der Fiume-Frage sei abgewendet. Ihm wurde von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß die italienische Regierung vollkommen neue Vorschläge für die Regelung der schwierigen Frage machte und daß eine Erörterung darüber demnächst beginne. Sowohl Italien als Südslavien stimmten jetzt darin überein, daß direkte Verhandlungen wünschenswert seien. Die südslavische Regierung habe die Absicht aufgegeben, den Schiedsrichter Boicars oder des schweizerischen Bundespräsidenten anzurufen. Der südslavische Außenminister werde in Begleitung aus Geni am Montag eintreffen und dem Premierminister Botschaft die Einzelheiten der neuen italienischen Vorschläge überbringen. Alsdann würden direkte südslavisch-italienische Erörterungen beginnen.

Die latente Völkerverversammlung.

Genf, 15. Sept. Nachdem die Völkerverversammlung gestern von neuem die Ausdrücke über den letzten Bericht verabschiedet hatte, vertagte sie sich heute selbst bis nächsten Mittwoch. Für diese Vertagung wird als Grund angegeben, daß der Wunsch bestehe, eine Aussprache der aktuellen politischen Fragen zu vermeiden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 15. Sept. (Änderung der Schlüsselzahl für die Personen- und Gepäcktarife.) Vom 18. September 1923 an beträgt die Schlüsselzahl für die Personen- und Gepäcktarife 9 000 000. Monatskarten werden zum bisherigen Preise nicht mehr ausgegeben; die bisher gelösten Monatskarten behalten ihre Gültigkeit. Die Gültigkeit der einfachen Fahrkarten bleibt unverändert. Wie bei den früheren Erhöhungen werden die Fahrkarten, die vom 15. bis 17. verkauft wurden, mit dem Datum des 17. September abgestempelt. Auch die am 15. und 16. September gelösten und mit dem 17. September abgestempelten Fahrkarten gelten bis 20. September 1923 nachts 12 Uhr. Den Reisenden, die vom 18. bis 20. September noch zu den alten Preisen fahren wollen, wird zur Vermeidung eines größeren Schalterandrangs empfohlen, von der Vorauslösung der Fahrkarten gütigsten Gebrauch zu machen.

Neuenbürg, 15. Sept. (Verfallene Briefmarken.) Alle Freimarken im Einzelwerte von weniger als 100 Mark verlieren mit Ablauf des 30. September ihre Gültigkeit. In den Händen der Bevölkerung beständige nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Oktober 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Gesamtwert von 1000 Mark vorgelegt werden.

Neuenbürg, 17. Sept. Wie wir hören, fand Samstagabend eine Zusammenkunft von Nationalsozialisten statt, zu welcher sich außer hiesigen Anhängern solche aus Widdach, Gerrenalb und Vörsheim einfanden. Die anfangs im „Schiff“ geplante Zusammenkunft wurde in den „Bären“ verlegt. Davon scheint auch die gegnerische Seite, Sozialisten und Kommunisten, besetzten Kenntnis erlangt zu haben, deren Parteigänger von hier, Arnbach, Vörsfeld, Engelsbrunn und Gerrenalb sich ebenfalls einfanden. Die Gasthofbesitzerin war von dem Zweck der Zusammenkunft nicht unterrichtet. Es heißt, daß von Anhängern der Nationalsozialisten und Hakenkreuzern Gammelmügel in hiesigen Geschäften erstanden wurden, auch soll von Vörsheim ein bewaffneter Saalzug in die Wege geleitet worden sein. Ob hiesige Geschäfte Gammelmügel liefern, entzieht sich unserer Kenntnis. Binnen kurzem fällt sich der Vörsheim zum Gedrücken von Anhängern beider Richtungen, weit

in der Mehrzahl waren die Anhänger der Sozialisten und Kommunisten. Erst nach 12 Uhr endeten die stürmischen Auseinandersetzungen, wobei die Gegensätze in Worten und Taten aufeinanderprallten. Geradezu als ein Wunder darf es genannt werden, daß es dabei verblieb und die Auseinandersetzungen nicht in Tätlichkeiten ausarteten. Nur eines vielleicht geringfügigen Anstoßes hätte es bedurft, und die Folgen wären in Betracht der ohnehin durch die wirtschaftliche Notlage verschärften Zeit unabwehrbar gewesen, zumal die Teilnehmer auf beiden Seiten zu einem großen Teil aus Jugendlichen bestanden. Man hat also im friedlichen Neuenburg leicht das betäubende Schauspiel erleben können, daß sich Deutsche gegenseitig die Köpfe einschlugen. Wir nehmen in der Sache einen völlig neutralen Standpunkt ein, von diesem neutralen Standpunkt aus betrachtet glauben wir der Mehrheit der diesigen friedliebenden Bevölkerung Ausdruck geben zu müssen, wenn wir sagen, es soll Neuenburg nicht wie Großstädte zum Tummelplatz derartiger Auseinandersetzungen und Verleumdungen gemacht werden. Ob links oder rechts stehend, sind wir zweifellos alle einig in dem Satz und in der Beurteilung alles dessen, was uns der weltliche Verräter und Dolchstoßler seit Kriegsende und namentlich seit Behebung des Ruhrgebietes in einer Weise antat, die zum Dummel führt. Aber wir haben uns selbst wehrlos gemacht und überdies lassen. Darum ist die Zeit nicht dazu angetan, mit Waffengewalt dagegen anzukämpfen. Diesen ungleichen Kampf können wir nur mit Waffen des Geistes führen, denn bewaffneter Widerstand wäre angesichts unserer Lage einem Selbstmord am deutschen Volke gleich. Warum sollte es bei gutem Willen nicht schwer fallen, die Gegensätze, welche uns leider trennen, zurückzustellen und in der heutigen schweren Zeit zu vermeiden, daß die Saat der Uneinigkeit auch an kleineren friedlichen Plätzen wie Neuenburg ihre verderblichen Früchte zeitigt, denn wir besorgen damit nur die Geschäfte des Feindes. Darum nicht Bruderkampf, sondern, wenn Einigkeit man einmal manchen Deutschen unsympathisch ist, wenigstens Verständlichkeit. Wir haben doch gewiß besseres zu tun, als uns gegenseitig die Köpfe einzuschlagen. Möchte dies von allen, denen das aus tausend Wunden blutende Vaterland wirklich lieb ist, vor allem von den Führern beherzigt werden.

Calmbach, 16. Sept. (Eingelad.) Selten hat der Anker eine solche Menge Zuhörer wie am Freitagabend gesehen, als Herr Karl Grude aus Berlin über das Thema sprach: „Frankreich und wir!“ Nicht nur waren die Calmbacher zahlreich erschienen, sondern auch von Döfen und besonders von Willbad hatten sich viele deutschgesinnte Damen und Herren eingefunden, darunter die junge nationale Garde geschloffen. Eröffnet über diese große Zahl der Besucher begrüßte der Vorsitzende, Herr Forstmeister Dr. Ramm, in markigen Worten die Anwesenden und gab dem Redner das Wort. Dieser, eine große, sympathische Erscheinung, sprach in 1 1/2 stündiger plänyender Rede über das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Er zeichnete die Franzosen als rauh und taugliche Nachbarn, wie sie sich seit Jahrhunderten zeigten. Er schilderte ihre sadistische Freude am Morden, am Verleihen und Verwüsten im besetzten Gebiete und den eifrigen männlichen Widerstand der Bevölkerung im Gegensatz zur weiblichen Riederheit und Nachgiebigkeit unserer Bajazitten, Sozial- und anderer Demokraten im unbesetzten Deutschland. Er appellierte an alle, endlich einmal deutsch zu denken, deutsch zu handeln ohne Unterschied der Partei. Der internationale Marxismus sei unser Untergang. Der Franzose, der Engländer, der Amerikaner, alle diese stellen ihr Vaterland längst vor die Partei, nur unsere deutschen Arbeiter lassen sich von dem internationalen Zudentum einfangen und führen; für sie arbeiten sie und wissen nicht einmal, wofür sie arbeiten. Die Versammlung legte an verschiedenen Stellen ein und belobte den Redner für seine warmen deutschen Worte. Nur ein Häuflein deutsches Gland sah verständnislos an der Türe und nagte an alten Knochen. Lassen wir sie weiter nageln! Mit bewegten Dankesworten schloß der Einladende und Vorsitzende die plänyende Versammlung, die für den deutschen Gedanken einen großen Tag bedeutete.

Schönbach, 17. Sept. Ähnlich wie die Kraftwagen-Gesellschaft Neuenburg-Verrensbach steht sich die Kraftwagen-Gesellschaft Liebenzell-Schönbach-Döfen infolge der riefenden Verteuerung der Betriebsmittel gezwungen, ihren Betrieb ab 20. September einzustellen. Von diesem Tage ab hört die Kraftwagen-Verbindung Schönbach-Döfen auf und wird nur noch die Verbindung Schönbach-Liebenzell infolge der günstigeren Zugverbindungen ausgeführt. Ob diese letzte Kraftwagen-Freigang von Dauer ist, oder möglicherweise einer gänzlichen Einstellung des Betriebes nach weichen muß, hängt von der Gestaltung der wirtschaftlichen Lage ab.

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 20. September an im Luft- und Postverkehr und vom 16. September an im Telegraphen- und Fernsprechnetz innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Postarten im Ortsverkehr 50 000 Mark, im Fernverkehr 100 000 Mark.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 100 000 Mark, bis 100 Gramm 150 000 Mark, bis 250 Gramm 250 000 Mark, bis 500 Gramm 300 000 Mark; im Fernverkehr bis 20 Gramm 200 000 Mark, bis 100 Gramm 350 000 Mark, bis 250 Gramm 400 000 Mark, bis 500 Gramm 450 000 Mark.

Drucksachen bis 25 Gramm 50 000 Mark, bis 50 Gramm 100 000 Mark, bis 100 Gramm 150 000 Mark, bis 250 Gramm 200 000 Mark, bis 500 Gramm 300 000 Mark, bis 1 Kilogramm 375 000 Mark.

Geschäftspapiere und Briefsendungen: bis 250 Gramm 200 000 Mark, bis 500 Gramm 300 000 Mark, bis 1 Kilogramm 375 000 Mark.

Päckchen bis 1 Kilogramm 500 000 Mark.

Poste bis 3 Kilogramm 1. Zone 600 000 Mark, 2. Zone 1 200 000 Mark, 3. Zone 1 800 000 Mark, bis 5 Kilogramm 2 400 000 bzw. 3 000 000 Mark, bis 6 Kilogramm 1 000 000 bzw. 2 400 000 und 3 000 000 Mark, bis 7 Kilogramm 1 200 000 bzw. 2 400 000 und 3 000 000 Mark. Jedes weitere Kilogramm in der 1. Zone 200 000 Mark, in der 2. Zone 400 000 Mark, in der 3. Zone 600 000 Mark mehr.

Postanweisungen bis 2 Millionen 100 000 Mark, von 2 bis 6 Millionen 150 000 Mark, 6-10 Millionen 200 000 Mark, 10 bis 30 Millionen 250 000 Mark, 30-50 Millionen 300 000 Mark, 50-100 Millionen 400 000 Mark, 100-200 Millionen 500 000 Mark, 200-300 Millionen 700 000 Mark, 300-400 Millionen 800 000 Mark, 400-500 Millionen 1 000 000 Mark.

Vollstreckgebühren bis 2 Millionen 20 000 Mark, 2-5 Millionen 30 000 Mark, 5-10 Millionen 40 000 Mark, 10-30 Millionen 50 000 Mark, 30-50 Millionen 60 000 Mark, 50-100 Millionen 80 000 Mark, 100-200 Millionen 120 000 Mark, 200 bis 300 Millionen 160 000 Mark, 300-400 Millionen 200 000 Mark, 400-500 Millionen 240 000 Mark, über 500 Millionen 300 000 Mark.

Telegrammgebühren ab 16. September im Fernverkehr Grundgebühr 400 000 Mark, Wortgebühr 200 000 Mark, im Ortsverkehr Grundgebühr 200 000 Mark, Wortgebühr 100 000 Mark.

Fernsprechnetzgebühren. Es werden nur Reichsnetzgebühren erhoben, mindestens monatlich in Ortsnetzen mit weniger als

50 Hauptanschlüssen 20 Gespräche, 50-1000 Anschlüssen 30 Gespräche, bis 10 000 Anschlüssen 40 Gespräche, darüber 50 Ortsnetzgebühren. Preis der Ortsnetzgebühren 250 000 Mark, der Fernnetzgebühren bis 3 Minuten und bis einschließlich 5 Kilometer Entfernung 250 000 Mark, 5-15 Kilometer 500 000 Mark, 15-25 Kilometer 750 000 Mark, 25-50 Kilometer 1 500 000 Mark, 50 bis 100 Kilometer 2 250 000 Mark, jede weiteren angefallenen 100 Kilometer 750 000 Mark mehr, dringende Gespräche die dreifache, Mißgespräche die 100fache Gebühr.

An die Leser der württ. Zeitungen.

Die in überfülltem Tempo vor sich gehende Entwertung unserer Papiermark steigert sämtliche Ausgaben der Zeitungsverlage ins ungeheure. Ein Preis, der in der vorigen Woche noch angemessen erschien, ist heute infolge des Steigens der Goldmarken fast lächerlich billig. Die Zeitungsverleger können naturgemäß die Entwertung unseres Geldes genau so wenig wie irgend ein anderer voraussehen. Sie müssen vielmehr ihrer Berechnung den heutigen Stand der Preise und Löhne zugrunde legen, ohne die im Laufe der Bezugswoche sich ergebende Teuerung, die in dieser Woche hundert und mehr Prozent betragen, berücksichtigen zu können. So ist beispielsweise der Wert eines Wagens Papier im Laufe dieser einen Woche von 8,7 Milliarden auf fast 30 Milliarden, der Lohn eines Buchdruckergehilfen von 57 Millionen auf 110 Millionen gestiegen und wird in der laufenden Woche 300 Millionen betragen. Im gleichen Verhältnis stehen die Steigerungen aller anderen Ausgaben. Bei der Festlegung des Bezugspreises für die Woche vom 17. bis 23. September haben wir uns, wie früher immer, von der Absicht leiten lassen, jedem den Bezug unserer Zeitung zu ermöglichen und dementsprechend den Preis so niedrig gestellt, wie es nur irgend möglich war. Wir wissen, daß unser Preis sogar verlustbringend für uns sein wird.

Berein Württembergischer Zeitungsverleger. Der Bezugspreis des „Enztäler“ beträgt für diese Woche Mark 2 500 000. Unsere Leser bitten wir freundlich, diesen Betrag bereitzuhalten, damit unser Trägerpersonal das schwierige Geschäft des Eintreffens ohne Zeitverlust durchführen kann.

Verlag „Der Enztäler“.

Württemberg.

Stuttgart, 15. Sept. (Zunahme der Erwerbslosigkeit.) Die Zahl der Unterstutzungen beziehenden Erwerbslosen im Stadtbezirk Stuttgart betrug zu Beginn des Monats August 417 männliche und 50 weibliche Personen. Neu hinzugekommen sind 730 männliche und 111 weibliche Personen. Ausgeschlossen sind im Laufe des Monats 321 männliche und 40 weibliche Personen, so daß Ende August 826 männliche und 124 weibliche Erwerbslose vorhanden waren. Bei den Männern ergibt sich somit eine Zunahme um 409, bei den Frauen um 74 Personen. — Seit Beginn ds. Sept. nimmt die Zahl der Erwerbslosen stetig zu. Am 12. Sept. standen bereits 1194 männliche und 160 weibliche Erwerbslose in Unterstutzung. Die Kurzarbeiter sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Stuttgart, 15. Sept. (Die Buchdruckerlöhne.) Der Spitzenlohn der Stuttgarter Buchdruckergehilfen beträgt für die Woche vom 15. bis 21. Septbr. (ausgezahlt am Freitag, den 21. September) 300 Millionen Mark gegen 110 Millionen Mark in der am letzten Freitag beendeten Woche. — Die Schlüsselsatz für die Berechnung der Drucksachenpreise ist mit Wirkung vom 15. September auf 720 000 festgesetzt worden.

Stuttgart, 15. Sept. (Bestrafte Preistreiber.) Auf dem Schlachtviehmarkt wurden vom Marktgericht vier Viehhändler wegen Preistreiber zu Geldstrafen von 20 bis 1200 Millionen Mark verurteilt.

Heilbronn, 13. Septbr. (Eine Lehre.) Im Geschäftszimmer des Justizvertrages fanden die üblichen wöchentlichen Lohnverhandlungen der gemischten Betriebe statt. Man einigte sich auf einen Stundenlohn von 3,1 Millionen Mark für Arbeiter und 2,5 Millionen für Arbeiterinnen. Um den Forderungen größeren Nachdruck zu geben, demonstrierte eine größere Anzahl von Arbeitern vor dem Verhandlungssaal, doch wurde den Demonstranten bedeutet, daß wenn sie die Verhandlungen zu fören beabsichtigen, diese einfach abgebrochen würden. Daraufhin zogen sich die Arbeiter zurück.

Wüdingen, O.A. Gmünd, 15. Sept. (Folgen der Tat.) Die Ursache der grauen Mordtat sind Wirtschaftshändler zwischen dem 44 Jahre alten Täter Alois Grimm gen. Weitenbauer und dem 48 Jahre alten Josef Geiger gen. Brunnenbauer. Der Täter ist schon öfters wegen Wilderei verurteilt. Die Tat spielte sich vor der Wirtschaft zum Aker ab. Die beiden erwachsenen Söhne des Getöteten, die Zeugen der Tat waren, haben dem Täter das Gewehr entwunden, ihm damit beide Hände abgeschlagen, und ihn so übel zugerichtet, daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Die Sektion des Getöteten hat ergeben, daß das tödliche Blei vorn in den Hals eindrang, die Hauptschlagader zerriß und das Schulterblatt vollständig zersplitterte.

Sulz, 15. Sept. (Ein Marktstreich mit lustigem Ausgang.) Beim letzten Viehmarkt gerieten vier Viehhändler in einen heizigen Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete und bei dem die Stöße aus Leibestriemen geschwungen wurden. Unter der großen Anzahl Marktbesucher waren nicht wenige, die auch gerne ihrem Mut oder Unmut durch Beteiligung an der Reiterei Luft gemacht hätten. Eine große Kauferei wäre die absolute Folge gewesen. In diesem kritischen Augenblick riefen einige beherrschte Bauern die rufte die Lage ersoffen: „Drüden!“ Augenblicklich schloß sich um die Kämpfer ein Ring von Menschen, der eng und enger wurde, immer weitere „Drüden“ beteiligten sich an dieser modernen Streitschlichtung. Den erregten Kämpfern wurde auf diese Art jede Bewegungsmöglichkeit genommen und so das Ende des Kampfes erzwungen. Der drohende Kleinkrieg löste sich in großer Heiterkeit auf und die mutigen Kaufstutzen durften für den Spott nicht sorgen.

Bausingen O.A. Balingen, 15. Sept. (Angehoffen.) Zwei Jäger stehen auf einen Wilderer von Neffstetten, der ein junghochgeschossenes, halbgewachsenes Häslein schon im Rudel hatte. Es entstand eine Schießerei, bei der der Wilderer eine Schrotladung davontrug. Anderen Tages wurde er an äußeren Belegungen vom Landjäger erkannt und festgenommen.

Schramberg, 15. Sept. (Fabrikmarke.) Die Fabrikanten des Schramberger Biers haben 5 in der Strafkammer in Rotweil. Sie wurden zu Geldstrafen von 6, 5, 4 und 2 Monaten verurteilt.

Friedrichshafen, 15. Sept. (Eine Pause.) Die Angelegenheit der Namensänderung der drei Dampfer, die eine Befürzung ergangen, derzufolge zunächst weitere Schritte nicht unternommen werden. Die das Seeblatt hat, die Entfernung von Buchstaben der Namensbezeichnung Dampfers „König Wilhelm“, der auf der Westsee liegt, Zweck der Reinigung und Neubemalung des Schiffes. Die Umtaufe ist vorläufig sistiert und nicht dringlich, die drei Schiffe längere Zeit zur Reparatur und Verbesserung still liegen. Bis nach Beendigung dieser Arbeit wird es sich dann zeigen, was das Verlethensministerium gedenkt.

Heidenheim, 15. Sept. (Mahnung. — Nachschub. — Schlechte Zeiten.) Die Landwirte des Bezirks werden vom Oberamt ermahnt, den Markt möglichst reichlich mit Getreide zu versorgen. — Die Landwirtschaft ist genötigt, eine Nachumlage von 80 Millionen zu bewilligen, die Gesamtgemeinde Heidenheim die Hälfte zu zahlen. — Vom Gemeinderat wurde die Hundesteuer ab 1. Okt. auf 30 Millionen für den ersten, 60 Mill. für den zweiten und 90 Mill. für den dritten Hund derselben festgesetzt. Die Einwohnersteuer wird von 10 000 auf 12 000 Mark erhöht. — Vor kurzer Zeit wurde hier in Heidenheim ein scharfes Ed eine Spielwarenfabrik gegründet, für die Arbeiter schon in der ersten Woche des Bestehens die Arbeiterunterstutzung in Anspruch genommen wurde.

Groß-Stuttgarter Zeitungspreise vom 17. bis 23. Sept.

Stuttgarter Neues Tagblatt	4 500 000 Mark
Süddeutsche Zeitung	4 500 000 Mark
Schwäbischer Merkur	3 700 000 Mark
Schwäbische Tagwacht	3 500 000 Mark
Südwestdeutsche Arbeiterzeitung	3 500 000 Mark
Württembergische Zeitung	3 500 000 Mark
Deutsches Volksblatt	3 500 000 Mark
Stuttgarter Zeitung	3 300 000 Mark
Stuttgarter Zeitung	3 200 000 Mark
Unterlärcheimer Zeitung	3 200 000 Mark
Stuttgarter Zeitung	3 200 000 Mark
Stuttgarter Zeitung	3 000 000 Mark

Aufruf an die württembergischen Landwirte. Die Württ. Landwirtschaftskammer, der Landwirtschafts-Dauerverband für Württemberg und Hohenzollern, sowie der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Stuttgart rufen an die Landwirte die folgende Bitte um Abgabe von Kartoffeln und sonstigen Naturalien an alle und jedwede Personen: Die mit rasender Geschwindigkeit sich entwickelnde Geldentwertung macht es unseren Kleinrentnern, allen kleinen und Geringfügigen unmöglich, auch nur das Nötigste zu beschaffen. Wenn sie nicht von mildtätigen Menschen unterstützt werden, gehen sie durch Hunger zugrunde. In den Organisationen in der Landwirtschaft und Industrie haben sie bis bald bereit erklärt, Naturalien und Geld für die Notwendigkeiten zu sammeln. Deshalb wenden wir uns auch an die Berufsleute an unsere Landwirte mit der Bitte, die von der Notwendigkeit der Wohltätigkeitsvereine in der Lage sind, Sammlung diese Armen und Bedrängten zu unterstützen. In die während der letzten Jahre war die Not so groß wie nie. Wir merken in der Stadt nichts von diesen stillen Dürren, die Dulderrinnen, da sie ihre Not und ihr Elend nicht offen zu tragen. Aber wir haben dieses Elend nicht bloß in den Dörfern, sondern auch in manchen Wohnungen vieler zum guten Mittelstand gehörenden Personen. Ein jeder, der davon hat sich bis jetzt durch den Verkauf von Möbeln, Wasser gehalten; aber auch das nimmt ein Ende, so daß die mit Schreden diesem Winter mit seinen Sorgen um die Nahrung und Lebensmittelfürsorgung entgegensehen. Wenn noch ein für seine Volksgenossen in der Brust schlägt, der tritt jetzt ein. Gebe jeder gern und willig, wenn die Sammler eine Gabe bitten. Die landwirtschaftlichen Bezirksvereine und die in Verbindung mit anderen landwirtschaftlichen Organisationen und, unterstützt von den örtlichen Bezirksvereinen, organen gewiß wieder, wie in den Vorjahren, die Sammler übernehmen. Nähere Vorschläge werden den Bezirksvereinen ausgeben.

Baden.

Forstheim, 15. Sept. Eine heilige Tame hat die 12 das Nichtigkeits, bei einem abendlichen Gang durch die eine wertvolle brillante bestetzte Brosche zu verlieren. Die bekannte Umstellung der Ansichten unserer Zeit über die Religion war die Ursache gering, die Brosche wieder zu gelangen. Aber unerwarteterweise meldete sich sofort ein Verkaufer, der die Brosche für 100 000 Mark zu verkaufen wollte, welche die Brosche bei der Hofkammer erstanden und sie abließerte. Da sich der Wert des Fundes auf etwa 100 000 Mark beziffert, fiel der Finderlohn dementsprechend aus.

Karlsruhe, 15. Sept. Die Polizei verhaftete einen Mann längerer Zeit gestohlenen Schmiedler, den Kaufmann Albert aus Hagen in Wehringen. Frech, der unter dem Namen in mehreren Städten Deutschlands schwere Verbrechen, Verleumdungen, Urkundenfälschungen und andere Verbrechen beging, galt bei seinen Karlsruher Bekannten als tabellos und genoss daher großes Vertrauen, weshalb seine Befreiung in den Kreisen, in denen er geschäftlich verkehrte, sehr erregt. Mit ihm wurde auch sein Helfer, der angesehene Kaufmann Rikowski, festgenommen.

Stuttgart, 13. Sept. Zwei schwere Unfallsfälle haben in den letzten Tagen im Wald erregt. Kinder hatten es sich zum Vergnügen gemacht, als das Schlammloch sich anhebelte und sich rückwärts bewegte, geriet eines der Kinder unter das Hinterrad und erlitt erhebliche Verletzungen. Dem zweiten Fall wurde ein Knabchen aus Remlingen bei Wehringen, der sein zweijähriges Näschen auf dem Rade hatte, von einem Automobil angefahren und kam seinen Tod von Rade geschleudert. Das Kind erlitt dabei schwere Verletzungen.

Heberlingen, 15. Sept. Die Tochter eines Dorfschmiedes, die in Heberlingen zur Air wurde, geriet bei einem Bade im See in Lebensgefahr und wurde unterhalb Fellinggen von dem dortigen Telegraphenarbeiter Martin Heber mit dem Extrakt gerettet. Aus Dankbarkeit dafür hat sie ihrem Retter zu einer wertvollen Reise in die bayerischen und österreichischen Alpen ein, wachte ihm verschiedene Geschenke und stellte ihm auch eine Anstellung im Telegraphenamt ihres Vaters in Aussicht.



Bermischtes

Verbreitung der Turner. In den Münchener Ostbäntern haben in diesem Sommer ausfallend viele Gegenstände abhandelt. In der Hofstraße wurden etwa 5000 Originalnachfrägen, 4000 Kopien und gegen 1000 Teller vermischt und der Boden bedeckte sich nach Augustus auf etwa 72 Millionen Mark. Die Leute suchten die verblüffende Tatsache den deutschen Turnern anzuhängen. Vom Hofstraßen aus wird aber behauptet, daß der Abgang nicht auf die Turnereinge fällt, sondern auf die Zeit von drei Monaten verteilt, und daß er ein furchtbar war, als Münchener von valaisischen Ausländern überfallen war.

Der Pfennig regiert wieder. Aus dem Buß der Millionen hat sich der deutsche Pfennig wieder an die Oberfläche gearbeitet. In den Geschäften verkauft man nicht mehr nach Dutzenden von Kullenziffern, sondern einfach und schlicht nach Pfennigen. Der Käufer ist dabei ganz verblüfft, wenn er eine Ware um 15 Pfennig offeriert erhält. Der Schaden folgt aber auf den Fuß nach. Der Pfennig hat auch eine Schwärze. Und hat sich geschrieben, daß er sich wohl als Pfennig vorstellt, aber als Anerkennung dafür den täglichen Wert der Papiermark verliert. Somit ist es für den Käufer wieder nichts mit der Freude über den Pfennig, zumal das Einkommen der Reichen auch nicht an den Goldpfennig angegliedert hat.

Baldred als Interlokut. Seit Sonntag nacht 10 Uhr ist an der sogenannten Hohlen zwischen Vreutenberg und der Kletter-Stoßstraße ein Waldbrand, der große Ausdehnung angenommen hat. Die benachbarten Feuerwehren sind zur Bekämpfung des Feuers aufgerufen worden. Rings um den Brandherd muß das Holz gefällt werden.

St. Bernhard als Schutzpatron der Alpenisten. Papst Pius XI. der ein großer Freund des Alpenports ist und früher die bedeutende Bergtouren unternahm, hat den Alpenisten in dem hl. Bernhard einen Schutzpatron gegeben. Wie auch im Bericht wird, spricht er sich darüber in einem Brief an den Bischof von Anagni aus und sagt, nachdem er daran erinnert hat, daß er selbst oft Gast der Röhne des hl. St. Bernhards gewesen sei: „Von allen Verabredungen bietet keine so geliebte Erquickung für Körper und Seele wie der Alpenport. Während die Gletscher durch die Tätigkeit geklärt werden, während die Seele sich an die Mühen des Bergsteigens gewöhnt, führt die Schönheit der umgebenen Landschaft, die sich in der Höhe der Berge offenbart, den Geist zu Gott dem Schöpfer und Herrn der Natur.“

Die Entvölkerung Frankreichs. Der „Temps“ meldet: Die Zahl der Einwohner in den 10 wichtigsten Städten hat im ersten Jahreshälfte 1923 um 11 Prozent im Vergleich zu dem ersten Jahreshälfte 1921 abgenommen. Während in Deutschland der Bevölkerungszuwachs im Jahre 1922 513 000 betrug, betrug er in Frankreich 70 000.

Handel und Verkehr.

Kottwitz, 15. Sept. Dem sogenannten Dreikreisverkehr waren zugeführt: 225 Pferde, 34 Farcen, 171 Ochsen, 10 Kühe, 454 Kinder, im ganzen 1004 Stück. Pferde 2-12 Milliarden, Farcen 4-10 Milliarden pro Stück, Ochsen 19-21 Milliarden pro Paar, jng. Anstehlinge 4-15 Milliarden pro Paar, Kühe 5-8 Milliarden pro Stück, Kinder, ältere 3-6 Milliarden, jüngere 1-3/4 Milliarden, je pro Stück, Kalbinnen 6-9 Milliarden pro Stück. Der Handel war infolge der hohen Preise flau. Ferner waren 33 Milchschweine und ein Läufer auf dem Markt. Hauptwaren für Milchschweine pro Paar 150-200 Millionen. Der Käufer blieb unverkauft. Der Handel war ebenfalls flau.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Waldemar, 15. Sept. Am Freitag morgen lag aus Newyork ein Verlust von 114 Millionen vor. Am Donnerstagabend stand in Berlin noch auf 92 1/2 Millionen. Das Goldgoldausland ist um 15. bis 18. September 1922 999 900 Mark. Zum 1. September Papiergeldbetrag laut das Reich Silbergeld auf 100 Milliarden ist noch unverändert 30 Prozent. Der Reichsbankstand steht auf 11 513 211, der Lebenshaltungszuwendungen auf 161 046, wobei zu beachten ist, daß der Großhandelsindex am 1. September noch 298 1532 betrug. Er hat sich demnach weiter verbessert. Das gilt auch für alle sonstigen Wirtschaftszweige des Weltmarktes, der einen völligen Zusammenbruch aufweist und von dem man nur sagen kann, daß die Papiermark ein Produkt der Reichsregierung ausgegeben ist. Deshalb will es auch niemand mehr in Zahlung nehmen. Die Devisenkurse in einzelnen aufzuführen, hat keinen Wert mehr, weil Devisenkurse mit einer Null vor und vier bis fünf Nullen hinter dem Komma noch für höhere Mathematiker und Astronomen von Einem haben.

Wien, 15. Sept. Seit der letzten Berichtwoche haben sich die Kurse wieder verunsichert. Gestern wird von der Spekulation, aber auch aus den Kreisen der Anlage und Schwach vor der Abwertung stehenden Publikum in antizipieren und im Voraus, ja selbst an überhand noch nicht zur Vorse zugetragenen Papieren zum Teil fragwürdiger Herkunft, was nicht nur und nachteilig ist. Das gibt natürlich später einmal einen finanziellen Krach, aber man hält diesen für das kleinere Übel, weil er in der Zukunft liegt, während wie den Krach der Gegenwart erleben. Notiert wird jetzt nach wie vor noch nach Millionen; jedenfalls können die Zeitungen in ihrem Kurzartikel nicht mehr die vielen Nullen veröffentlichen. Die neuesten Maßregeln der Reichsregierung, die Strafen und der Devisenkommissar, sind die besten Zuteiler zum Wohlstand.

Wien, 15. Sept. Am letzten Montag wurden zwar ein Programm Mehl an der Stuttgarter Produktionsbehörde mit 20 Millionen, d. h. mit einer Steigerung von 271 Millionen. Dieser Preis versteht sich aber als Wüßle. In Stuttgart selbst betrug er ab Lager bereits 44 Millionen. Den Restante 20 (plus 8) und Stroß 22 (plus 12) Millionen. Inzwischen ging die Preissteigerung weiter und am Donnerstag notierten in Berlin bei verhältnismäßig ruhiger Tendenz Weizen (plus 75), Roggen 105 (plus 38), Gerste 115 (plus 60), Hafer (plus 64), Weizen 610 (plus 20) Millionen. Unsere Devisenkurse vor 8 Tagen sind damit in den Schatten gestellt. Die nächste Woche haben wir sogar beim Marktbrot mit nur 1/2 Million für das kilo zu rechnen.

Wien, 15. Sept. Schon wieder ist eine neue Kohlenpreissteigerung angekündigt, die zwingend alle übrigen Warenpreise mit sich in die Höhe reißt. Der Reichsbankler hält zwar einen Reden über intensiveren Förderung und Erleichterung der Kohlenförderung, jedoch nur das Feigendicht über die Auswirkungen über die Erlassung der Kohlenpreise zu dem, daß die Kohlenpreise nicht mehr zum Wohlfühlen durchschneit, sondern wie von einem erdernen nicht verlässigen, stattemal aber dem Reichsbankler noch eine höhere Regierung steht, die Gewerkschaften. So hat sich denn die Katastrophe auf dem Warenmarkt in

der Berichtwoche bereits über russische Verhältnisse hinüber entzündet. Russland steht wenigstens auf eigener Kraft und ernährt sich selbst, Deutschland aber ist verloren. Jeder Zeitungslieferer weiß, wie hoch heute die Gehälter und Löhne und auch die Warenpreise stehen. Jeder wartet am eigenen Beiß, daß er nicht mehr mitkommt und nur noch von der Hand in den Mund lebt, so schlecht es geht, aber die Notwendigkeit jeder größeren Anschaffung als ein Unglück betrachten muß, wie etwa eine schwere Krankheit oder eine Operation. Alles zum Leben Notwendige ist heute viermal so teuer wie vor 8 Tagen, wenn nicht noch teurer.

Wien, 15. Sept. Nahezu 15 Millionen kostet jetzt ein Pfund Schweinefleisch, nahezu 9 das Kalb- und nahezu 8 das Lamm- und Rindfleisch. Auch das ist mehr als das vierfache der vorigen Woche. Man operiert mit Marktgerichten und bekräftigt die Viehhalter, so daß es schon zu einem Krawall in Wien gekommen ist, aber die Ausfuhr des Viehs ins deutsche Gebiet und seine Weiterverladung von da nach Frankreich dem Handel zu unterbinden, versteht man nicht. Auch die Vieh- und Milchpreise sind noch Milliarden bezahlt.

Wien, 15. Sept. Immer noch Geschäftsstockung bei für-misch-reisenden Breisen.

Neuere Nachrichten.

Karlsruhe, 17. Sept. Am Samstag abend entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Jöhringen von dem Personenzug 918 der viertelste Personenwagen. Getötet wurde ein männlicher Reisender, dessen Verbleib noch nicht festgestellt ist. Schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt wurden zwei weibliche Personen. Der Verkehr ist nicht gestört.

Freiburg, 17. Sept. Der Landesparteitag der badischen Zentrumspartei nahm eine Entschließung an, in der das badische Zentrum jeden Schritt begrüßt, der zu einer Verständigung mit Frankreich führen könnte, ohne die territoriale Unversehrtheit des Reiches und seine staatliche Einheit zu verletzen und der der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes keine unerträglichen Opfer zumutet. Die Entschließung verlangt, daß die persönliche Freiheit und die Rückkehrmöglichkeit der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen sichergestellt wird.

Wandheim, 15. Sept. Die hiesigen Buchdrucker haben den Berliner Schiedsspruch abgelehnt und sind heute morgen in den Streik getreten. Infolgedessen konnten die hiesigen Zeitungen mit Ausnahme der sozialistischen „Volkstimme“ und der kommunistischen Arbeiterzeitung, deren Verleger die erhöhten Forderungen bewilligten, nicht erscheinen. In Ludwigschafen ist es dagegen im Buchdruckgewerbe zu einer Einigung gekommen, nachdem den Buchdruckern zu dem von Berlin bewilligten Satz von 110 Millionen ein Vorstoß in gleicher Höhe bewilligt worden ist. Die Zeitungen erscheinen seit heute wieder.

Wien, 16. Sept. Die „W. Z.“ meldet: Im Ruhrbergbau kommt es vereinzelt zu neuem Lohnstreik. In dem untersteirischen Bezirk sind die Belegschaften verschiedener Zechen in den Ausstand getreten. Im Gelsenkirchener Bezirk sind die Belegschaften der Zechen „Konkordanz“ und „Soalburg“ wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Wien, 16. Sept. Durch Verfügung der Interalliierten Rheinlandkommission ist das Erscheinen der „W. Z.“ auf drei Tage vom 17. bis 19. Sept. 1923 verboten.

Wien, 15. Sept. Die Franzosen fahren fort, Gelder für die Eisenbahnbediensteten wegzunehmen. In Koblenz wurden 75 Millionen fortgenommen. Bei dieser Gelegenheit sind zwei Bedienstete verhaftet worden. Auch die Ausweisungen geben weiter. Aus Wülheim-Ruhr und Wülheim-Styrum wurden am 13. Sept. sechs Familien mit zusammen 16 Personen, aus Düsseldorf und Umgebung weitere 13 Eisenbahner mit ihrer Familie, zusammen 48 Personen, ausgewiesen.

Dortmund, 15. Sept. Die Verlebensperre soll, wie von dem Befehlshaber mitgeteilt wird, in der Nacht vom Samstag auf Sonntag aufgehoben werden.

Dortmund, 15. Sept. Gestern Mittag verletzten 3000-4000 Arbeiter in das Verwaltungsgebäude der Dortmunder Union (Deutsch-Luzenburger) einzudringen und die Auszahlung von Geldern zu erzwingen, obwohl die Direktion und der Betriebsrat sich zur Auszahlung auf Montag geeinigt hatten. Die durch Steinwürfe angegriffene Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. Eine Person wurde getötet, mehrere wurden verletzt. Die Kundgebung von angeblich Erwerbslosen verließ in der Stadt ruhig, nachdem es der Polizei gelungen war, die Flüge von den Zugängen zum Rathaus abzuwehren.

Berlin, 15. Sept. Wie den Zeitungen von zuständiger Seite mitgeteilt wird, steht der Schluß der Zeichnung der wertbeständigen (Gold-)Anleihe in zwei Tagen bevor. Übernach wird der reguläre Handel an der Börse für die Anleihe in die Wege geleitet. Bei den Girozentralen und Sparkassen sind Goldkonten zur Erleichterung der Zeichnungen errichtet. Das vorläufige Rejalat der Goldanleihe, das sich noch erhöhen dürfte, wird mit 75 Millionen Goldmark genannt und als befriedigend bezeichnet. Die Anleihe wird künftig an allen Wochentagen außer Samstags gehandelt.

Berlin, 15. Sept. Nach der „W. Z.“ erschienen gestern nachmittags Revisionbeamte des Devisenkommissars in der Depostenkasse Königstraße der Commerz- und Privatbank und belegten alle Stahlkäfer und die im Vorkassens aufbewahrten Pakete mit Beschlagnahme. Der Depostenkasse wurde aufgegeben, niemand an die beschlagnahmten Gegenstände heranzulassen. Die Besitzer der Stahlkäfer und Pakete wurden benachrichtigt, daß sie Montag die Säfen und Pakete im Beisein der Revisionsbeamten des Devisenkommissars zu öffnen hätten. Wie der Devisenkommissar, Geheimrat Jellingner, der „W. Z.“ hierzu mitteilt, erfolgte die Beschlagnahme ohne sein Wissen und durchaus gegen seinen Willen. Er handelt sich um eine Kompetenzüberschreitung der erst für im Amt befindlichen Beamten. Der Devisenkommissar steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß solche Eingriffe in das Privatvermögen zu verwerfen sind, und veranlaßte sofort, daß die Maßnahme rückgängig gemacht wird.

Berlin, 16. Sept. Wie die „Zeit“ löst, wird eine Recordierung der Reichsregierung erscheinen, welche die Auf-

forderung zur Verzögerung der Steuergahlung unter Gegenleistung stellt. — Der Zinsfuß der Darlehensklassen beträgt von heute ab allgemein: 1. für Darlehen ohne Entwertungsklausel jährlich 108 Prozent; 2. für Darlehen mit Entwertungsklausel jährlich 10 Prozent. Die bisher gewährte Ermäßigung der Zinsfüße für sogenannte Vorkugeldarlehen fällt künftig fort.

Rom, 17. Sept. Die Regierung von Fiume ist zurückgetreten.

Paris, 16. Sept. In Voperinghe sprach heute der französische Kriegsminister in Anwesenheit des belgischen Kriegsministers aus Anlaß der Verleihung des französischen Kriegskreuzes an die belgische Gemeinde Voperinghe. Er sagte zum Schluß seiner Rede, Deutschland könne zahlen, wenn es wolle. Was ihm aber fehle, das sei der gute Wille dazu. Durch die Befehung des Ruhrgebietes habe Frankreich Deutschland genügend die Tatsache bekräftigt, daß es Sieger sei und daß es ein Gläubiger sei, der entschlossen sei, Benugung zu verlangen.

Paris, 16. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Mainz hat die Rheinlandkommission den Verkehr zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet Deutschlands vom 15. September ab wieder freigegeben.

Paris, 16. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel berichtet das Blatt „La Nation“, an Bord eines bei Knod-sur-Mer niedergegangenen deutschen Flugzeuges seien nicht Zeitungen, sondern 3,500 Milliarden deutsche Papiermark gefunden worden. Die Belgier hätten das Flugzeug beschlagnahmt. (Anmerkung der Redaktion: Die Verantwortung für diese Meldung müssen wie dem genannten Blatt überlassen).

London, 16. Sept. Reuter meldet, daß die Frist des italienischen Ultimatum an Jugoslawien verlängert wurde. Die Verhandlungen dauern auf der Grundlage der neuen italienischen Vorschläge, deren Charakter nicht bekannt ist, an.

London, 17. Sept. Reuter meldet aus Tokio: Während der letzten 24 Stunden wurden mehrere starke Erdbeben verspürt. Einige beschädigte Häuser brachen infolgedessen vollends zusammen.

Madrid, 16. Sept. Am Freitag abend fand an der Grenze eine Zusammenkunft liberaler Politiker statt. Im Verlaufe der Beratungen sind wichtige Entschlüsse über die zukünftige Haltung der liberalen Partei gefaßt worden. Graf Romanones erklärte dem Berichterstatter des „Journal“, niemand könne sich Rechenschaft darüber ablegen, wie gefährlich die augenblickliche Lage sei.

General Primo de Rivera erklärte dem Korrespondenten des „Matin“ in Madrid, er werde den früheren Außenminister Alba verhaften lassen. Falls dieser die Grenze überschreite, werde er ihn holen. Sein Prozeß habe begonnen; er werde der Strafe nicht entgehen.

Die würt. Handelskammern zu den neuen Steuergeetzen.

Aus einer Beratung der würt. Handelskammertages über die neuen Steuergeetze erfahren wir: Es muß gefordert werden, daß die Durchführungsbestimmungen der neuen Steuern zweckmäßig gehalten und wirtschaftlich verfehlt, die Betriebe erdrückende Steuererfolge abgeändert bzw. aufgehoben werden. In den würt. Wochen seit der Verkündung der Geetze hat sich gezeigt, daß die sog. Lohnsummensteuer eine rohe und brutale Steuer ist, die die Betriebe in schematischer Weise ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit mit fortlaufenden großen Abgaben belastet. Die Erhebung dieser Steuer auch nur wenige Monate lang muß zur Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlage zahlreicher Unternehmungen führen. Für die Durchführung der Steuererfolge wurden im einzelnen folgende Forderungen aufgestellt: Die Erhebung der Abgabe aus Lohnsummenbeträgen die erst im September bezahlt worden sind, sei es weil Steuermarken im August nicht erhältlich waren, oder weil die im August verdienten Löhne und Gehälter vor Monatschluß nicht errechnet werden konnten, ist deshalb von besonderer Härte, weil die Durchführungsbestimmungen zum Betriebssteuergeetz erst am 31. August im Reichsministerialblatt erschienen und dem Steuerpflichtigen erst im September bekannt geworden sind. Aus Grund des Geetzes selbst ist die Steuerpflicht aber äußerst zweifelhaft. Die Lohnsummenbeträge, die sich auf den August beziehen, müssen daher von der Steuer befreit werden. Stundung und Ermäßigung muß in berechtigten Fällen in weitem Maße als bisher in Aussicht genommen werden. Außerdem ist eine Bekanntmachung der Grundzüge erforderlich, nach denen die Geetze behandelt werden. Im besonderen muß bei der Rhein-Ruhr-Abgabe eine Veranschlagung der Anträge erfolgen, in denen der Steuerpflichtige infolge der Ruhrbefreiung erheblichen Schaden erlitten hat (Steuerpflichtige, die Familien im besetzten Gebiet unterhalten, Vertreter von Firmen im besetzten Gebiet). Die Termine für die nächsten Ratenzahlungen müssen weiter auseinander gezogen werden. Für die Ratenfrist und das Inkrafttreten der Zuschläge sind viel zu kurze Fristen bestimmt. Die Zuschläge für verbätete Zahlungen müssen der wirklich eingetretenen Geldentwertung angepaßt werden. Entsprechend einem Beschlusse des Reichswirtschaftsrates ist die beschleunigte Schaffung einer Vorfrist erforderlich, die den Steuerpflichtigen bei Rückzahlung zahllos bezahlter Steuern zur Aufwertung verpflichtet. Bei der Zusammendrängung der Zahlungen auf wenige Tage ist zur Vermeidung von Härten erforderlich, daß als Zahlungstag der Tag anerkannt wird, an dem der Steuerpflichtige den Ueberweisungsauftrag gegeben hat. Schließlich ist zu fordern, daß alle Bestimmungen über steuerliche Verpflichtungen künftig rechtzeitig und in einer jede Forderung ausgleichenden Fassung bekanntgegeben werden.

Bayern für den Schutz der Ordnung.

Gangenhöfen, 17. Sept. Hier sprach gestern auf der Tagung des Bayerischen Bauernvereins Ministerpräsident Dr. von Arnim. Er lozte unter anderem, Reichsbankler Dr. Treppmann habe die Köhler zu erkennen gegeben, sich für keinen Teil auf ein gutes Auskommen mit Bayern einzustellen. Wir warten auf die Taten des neuen Rabinris und hoffen, daß der Reichsbankler auch die nötige Kraft im gebieterischen Augenblick wird aufbringen können. Zur Zeit gilt das allgemeine Interesse der Bevölkerung des neuen Reichsbanklers mit Frankreich um Inneß der Sanierung des Reparationsanleihe. Der Reichsbankler hat wiederholt betont, daß die deutsche Verantwortung über das Ruhrgebiet festgehalten werde und daß das Ziel nur die Wiederherstellung der Freiheit des Ruhrgebietes sein könne und dürfe. Aber es drückt auch die Meinung, daß bei dem großen Einfluß und dem Druck von links die Reichsregierung schließlich weiter abgedrückt wird, als sie selbst anfanglich wollte. Diese Bedenken haben wir in Berlin nachdrücklich zum Ausdruck gebracht und ersucht, bei weiteren Schritten unseren Bedenken Rechnung zu tragen. Die Grenze ist für Deutschland Frankreich gegenüber gezogen durch die nationale Ehre und Würde und durch die Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft. Dr. von Arnim wies denn auch auf die Gefahr hin, die von einer Diktatur, teils von rechts, teils von links drohen. Es heiße,

